

Ressort: Politik

Bundesregierung streitet über Bericht zur Armutsmigration

Berlin, 27.07.2014, 08:57 Uhr

GDN - Die Bundesregierung streitet um den Abschlussbericht zur Armutsmigration, der eigentlich schon im Juni vorliegen sollte. Wie das Nachrichtenmagazin "Focus" berichtet, können sich Arbeits- und Innenministerium nicht auf Gesetzesänderungen einigen.

Höchst umstritten sei, wie Armutszuwanderer etwa aus Bulgarien und Rumänien daran gehindert werden können, das deutsche Sozialsystem zu missbrauchen. Dem "Focus" zufolge will das Innenministerium nicht-zustimmungspflichtige Regelungen treffen, damit der Bundesrat außen vor bleibt. Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Stephan Mayer (CSU), will zwei Punkte geregelt wissen: "Wir müssen den Kindergeldbezug novellieren, damit der deutsche Staat nicht durch Ausländer um Kindergeld betrogen werden kann." Außerdem gehöre die Freizügigkeit in der Europäischen Union klar geregelt: "EU-Ausländer, die sich in Deutschland nicht aktiv um Arbeit bemühen, dürfen auch kein Hartz VI bekommen", sagte Mayer dem "Focus".

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-38405/bundesregierung-streitet-ueber-bericht-zur-armutsmigration.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619